

An den  
Oberbürgermeister  
der Stadt Nürnberg  
Dr. Ulrich Maly  
Rathausplatz 2

90403 Nürnberg



Humboldtstraße 104  
90459 Nürnberg  
Telefon: 0911 – 2 87 60 13  
Fax: 0911 – 2 87 60 16  
[www.linke-liste-nuernberg.de](http://www.linke-liste-nuernberg.de)  
[linke-liste-nuernberg@t-online.de](mailto:linke-liste-nuernberg@t-online.de)  
Nürnberg, 28. November 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit stelle ich folgende Anfrage an den Schulausschuss:

Am 17. Novembers fand, wie alljährlich, der bundesweite Bildungsstreik statt. Auch in Nürnberg hatten sich ca. 600 Schüler\_innen und Studierende beteiligt. Erfreulicherweise ging in den letzten Jahren die Anzahl der Verweise in Nürnberg zurück und die meisten Schulleitungen pflegen einen moderaten Umgang mit dieser Art der Meinungsäußerung. Schließlich sind die Forderungen mehr als berechtigt und die Schüler\_innen setzen sich für eine bessere Schule ein.

Nun erhielt ich die Information, dass an der Peter-Vischer-Schule die Polizei tätig war. Nach Erzählungen von Teilnehmer\_innen des Bildungsstreiks verließen ca. 20 Schüler\_innen um 11.10 Uhr (Beginn der 2. Pause) den Schulhof, um dem Demoaufruf zu folgen.

Als die Schüler\_innen sich zum Rathenauplatz, dem Auftakt der Kundgebung, begeben wollten, fuhren plötzlich zwei Polizeibusse und ein Streifenwagen vor. Etwa 20 Polizisten, davon der Großteil in schwarzer Montur (Sondereinsatzkommando?) und umringten die Schüler\_innen. Diese fühlten sich eingekesselt und bedroht. Selbst als Lehrer die Polizei darauf ansprachen, dass dies wohl kaum verhältnismäßig sei, lies sich die Polizei nicht von ihrem repressiven Vorgehen abbringen.

Die Schüler\_innen wurden aufgefordert, eine Spontandemonstration anzumelden, ansonsten dürfen sie nicht weiter laufen. Erst nach ca. 20 Minuten und einer mündlichen Demoanmeldung durften sich die Schüler\_innen auf den Weg in Richtung der Bildungsstreikdemonstration machen. Unter dauerhafter polizeilicher Begleitung und der Einhaltung einer festgeschriebenen Route kamen die Schüler\_innen mit entsprechender Verspätung an.

Ein Polizeieinsatz mit USK-Beamten gegen Schüler\_innen ist nicht akzeptabel. Diese bedrohliche Einschüchterung gegen Minderjährige ist völlig unverhältnismäßig.

**Deshalb bitte ich um zeitnahe Behandlung folgender Fragen:**

1. Wer hat den Polizeieinsatz veranlasst und was war ihr Auftrag?
2. Warum folgte die Polizei diesem Auftrag mit Sondereinheiten und warum mit verhältnismäßig vielen Beamten?
3. Gab es bereits in Mai bei der Abiturfeier einen Polizeieinsatz an der PVS?
4. Wie kann eine Vereinbarungen mit den Schulleitungen getroffen werden, um zukünftig ein solches Verhalten zu verhindern?

Mit freundlichen Grüßen



Marion Padua  
Stadträtin der LINKEN LISTE